

Mainz, 24.01.2014

Antrag **0597/2013 zur Sitzung Stadtrat am 17.04.2013**

## **Gemeinschaftliche Wohnprojekte (SPD, GRÜNE, FDP)**

### **Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Städtischen Baugrundstücke und Bauflächen werden künftig verstärkt auch für gemeinschaftliche Wohnprojekte angeboten.
2. Bei der Planung neuer Baugebiete und der Überplanung bestehender Flächen, z.B. für Nachverdichtungen, sollen die speziellen Anforderungen gemeinschaftlicher Wohnprojekte baurechtlich durch Gestaltungsfreiheiten so weit möglich berücksichtigt werden; z. B. auch durch Erbbaupachtliche Modelle.
3. Bei der Ausweisung neuer Baugebiete soll bei entsprechender Nachfrage ein Anteil der Grundstücke für gemeinschaftliche Wohnprojekte vorgesehen werden.
4. Die Verwaltung wird gebeten, für gemeinschaftliche Bauprojekte einen festen Ansprechpartner in der Verwaltung für die rechtliche und verwaltungstechnische Abwicklung zu benennen.
5. Mit den Wohnprojektsinitiativen sollen regelmäßige Koordinierungsrunden durchgeführt werden.

### **Begründung:**

Die sich wandelnde Gesellschaft stellt unsere Stadt vor große Herausforderungen. Während früher Großfamilien und familiäre Strukturen viele Probleme aufgefangen haben führt heute die hohe gesellschaftliche Mobilität und die zunehmende Individualisierung oft zu einer Auflösung dieser stützenden Strukturen. Deshalb nimmt der Bedarf an sozialer Einbindung und Betreuung zu. Die große Zahl der Singlehaushalte und die Vereinzelung vieler Menschen wird die Gesellschaft in vielen Feldern vor Herausforderungen stellen, die weit über die Absicherung der materiellen Grundbedürfnisse hinausgehen und nicht durch staatliche Angebote und Akti-

vitäten gelöst werden können.

Das Bedürfnis der Menschen, sich gegenseitig zu unterstützen, ist aber auch heute allgegenwärtig. Eine Antwort auf den gesellschaftlichen Wandel sind deshalb z.B. Wohnprojekte, in denen sich Gleichgesinnte, oft generationenübergreifend, zusammenfinden und gemeinsam den Bau oder Umbau eines gemeinschaftlich genutzten Anwesens umsetzen wollen, verbunden mit dem Ziel, dort gemeinsam zu wohnen, zu leben und sich gegenseitig in den unterschiedlichen Lebenslagen zu unterstützen.

Diese Projekte müssen deshalb im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt unterstützt bzw. ermöglicht werden, dies betrifft insbesondere die Verfügbarkeit von entsprechenden Bauflächen und die notwendigen Gestaltungsfreiheiten im Baurecht.

Dr. Eckard Lensch (SPD)  
Ansgar Helm-Becker (Bündnis90/DIE GRÜNEN)  
Walther Koppius (FDP)